

Ausgabe 40, 25. September 2007

Der Newsletter **DEMOS** informiert über demografische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abdruck von Artikeln und Grafiken ist honorarfrei. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Der Newsletter **DEMOS** wird unterstützt von: **Robert Bosch Stiftung**

In dieser Ausgabe

Bevölkerungswachstum als globale Herausforderung - auch für die Klimapolitik
Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) hat die neuesten Zahlen zu demografischen und sozialen Entwicklungen für über 180 Länder der Welt vorgestellt. Der "DSW-Datenreport" informiert etwa über die aktuellen Bevölkerungszahlen, die Geburtenrate, die Altersstruktur, die Lebenserwartung sowie erstmals über den Anteil untergewichtiger Kinder unter fünf Jahren sowie die Kohlendioxid-Emissionen.

[weiterlesen](#)

Zahlen, die die Welt verändern

Würden bei der Volkszählung die richtigen Fragen gestellt, ließen sich Reformen besser planen

[weiterlesen](#)

Bevölkerungswachstum als globale Herausforderung - auch für die Klimapolitik
Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) hat die neuesten Zahlen zu demografischen und sozialen Entwicklungen für über 180 Länder der Welt vorgestellt. Der "DSW-Datenreport" informiert etwa über die aktuellen Bevölkerungszahlen, die Geburtenrate, die Altersstruktur, die Lebenserwartung sowie erstmals über den Anteil untergewichtiger Kinder unter fünf Jahren sowie die Kohlendioxid-Emissionen.

Der DSW-Datenreport basiert auf den Zahlen des "2007 World Population Data Sheet", das Carl Haub, der Leiter des Population Reference Bureau, zusammengestellt hat. Schwerpunktthema des DSW-Datenreports 2007 ist Afrika. Die Bevölkerung der Entwicklungsländer wächst weiter - am stärksten in Afrika, und dort besonders in den Ländern südlich der Sahara. Dort müssen drei Viertel der Menschen obendrein mit weniger als zwei US-Dollar pro Tag auskommen. Jedes vierte Kind unter fünf Jahren ist unterernährt. Durch die Bevölkerungszunahme verschärft sich die Armut. In Afrika bekommt eine Frau durchschnittlich fünf Kinder. Private und staatliche Investitionen in Bildung und Gesundheit werden dadurch erschwert.

Weltbevölkerung und prognostiziertes Wachstum nach Regionen

	Bevölkerung in Millionen (Mitte 2007)	Bevölkerung in Millionen (Prognose für 2050)	Natürliche jährliche Wachstumsrate in Prozent
Welt	6.625	9.294	1,2
Entwicklungsländer	5.404	8.036	1,5
Industrieländer	1.221	1.259	0,1
Afrika	944	1.953	2,4
Asien	4.010	5.378	1,2
Europa	733	669	-0,1
Lateinamerika und Karibik	569	784	1,5
Nordamerika	335	462	0,6
Ozeanien	35	49	1

Rund 99 Prozent des Bevölkerungswachstums finden in den weniger entwickelten Ländern statt (Quelle: 2007 World Population Data Sheet/DSW-Datenreport 2007).

Den Klimawandel verursachen die Industrienationen

Nach wie vor sind die Industrieländer mit einem Ausstoß von 11,7 Tonnen Kohlendioxid pro Kopf und Jahr die Hauptverursacher des Klimawandels. Das entspricht weltweit einem Anteil von sechzig Prozent. Seit Jahren halten die USA den Emissionsrekord: Mit weniger als fünf Prozent der Weltbevölkerung produzieren sie mehr als 20 Prozent der globalen CO₂-Emissionen, fast zwanzig Tonnen pro Kopf. In Deutschland stoßen die Einwohner jährlich pro Kopf 10,5 Tonnen Kohlendioxid aus. In den Entwicklungsländern liegt der Ausstoß dagegen nur bei 2,1 Tonnen Kohlendioxid pro Kopf und Jahr, in Äthiopien sogar nur bei 0,1. Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2002.

Kohlendioxid-Emissionen von Industrie- und Entwicklungsländern



Die aufstrebenden Schwellenländer China und Indien, in denen die Industrialisierung und das Wirtschaftswachstum besonders schnell fortschreiten, produzieren pro Kopf der Bevölkerung jährlich 2,9 respektive 1,1 Tonnen Kohlendioxid. Das ist wenig im globalen Vergleich, aber viel angesichts der hohen Zahl Menschen in diesen Ländern.

China stößt heute doppelt soviel Treibhausgase aus wie 1990. Nur ein Prozent der 560 Millionen Stadtbewohner Chinas atmet Luft ein, die von der von der Europäischen Union für gesundheitlich unbedenklich gehalten wird. Peking zählt zu den Städten der Welt mit der schlechtesten Luftqualität: Jährlich verpesten rund 1,3 Millionen Tonnen giftige Schadstoffe aus Autoabgasen die Luft, täglich werden rund 1.000 neue Autos zugelassen. Ein viertägiges Fahrverbot Mitte August, mit dem die Regierung testen wollte, ob sich so während der

Olympischen Sommerspiele 2008 der Dauersmog verhindern ließe, zeigte zwar kurzfristig Wirkung, kann das Problem aber langfristig nicht lösen.

Da die Bevölkerung der Entwicklungsländer den UN-Prognosen zufolge bis 2050 auf gut acht Milliarden wachsen wird, würden sogar ihre verhältnismäßig geringen Pro-Kopf-Emissionen selbst eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes der Industrieländer um 40 Prozent wettmachen. Von diesem Ziel sind letztere aber weit entfernt. Im Klimaprotokoll von Kyoto aus dem Jahr 1997 war eine Halbierung der CO₂-Emissionen der alten Industrieländer bis 2012 vereinbart worden. Tatsächlich haben die Emissionen in vielen Ländern sogar zugenommen, in Deutschland um 0,6 Prozent, in Japan sogar um 16 Prozent. Während ihres letzten Japan-Besuchs schlug Bundeskanzlerin Merkel vor, eine Pro-Kopf-Emissionsgrenze für den Ausstoß von CO₂ festzulegen, die sich zunächst an den Werten der klassischen Industrieländer orientieren und jeweils angepasst werden sollte. Damit hätten die Schwellen- und Entwicklungsländer zunächst noch Zeit, sich nach dem Vorbild der klassischen Industrienationen zu entwickeln, müssten sich aber bereits jetzt um möglichst klimaneutrale Technologien bemühen.

Ursachen des Bevölkerungswachstums

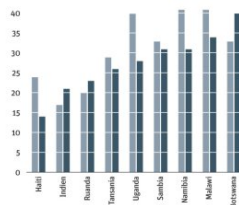
Die Ursachen des Bevölkerungswachstums liegen vor allem in der mangelnden Bildung und Aufklärung, insbesondere der Frauen. Hier kann die Entwicklungszusammenarbeit mit Programmen zur Familienplanung und reproduktiven Gesundheit ansetzen. Diese Politik könnte obendrein helfen, die HIV-Epidemie einzudämmen. Der Anteil der HIV-infizierten Erwachsenen in Afrika südlich der Sahara, wo mehr als zehn Prozent der Weltbevölkerung leben, lag 2005 / 2006 bei 5,4 Prozent.

Wissen über HIV-Prävention

Anteil der 15- bis 24-Jährigen, die zwei HIV-Präventionsmethoden nennen und drei Mythen über HIV als falsch erkennen können (in Prozent)

(Quelle: UNAIDS Report 2004)

■ Männer
■ Frauen



Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

In vielen Ländern Afrikas ist der Kenntnisstand über die Ausbreitung von HIV schlecht. Das belegen Umfragen von UNAIDS, bei denen die Menschen Methoden der HIV-Prävention wie den Gebrauch von Kondomen ankreuzen und Mythen über HIV - etwa dass Aids durch Moskitostiche übertragen oder durch Sexualverkehr mit einer Jungfrau geheilt wird - erkennen sollten.

Literatur

[Deutsche Stiftung Weltbevölkerung: Datenreport 2007](#)

[Population Reference Bureau: 2007 World Population Data Sheet](#)

Würden bei der Volkszählung die richtigen Fragen gestellt, ließen sich Reformen besser planen

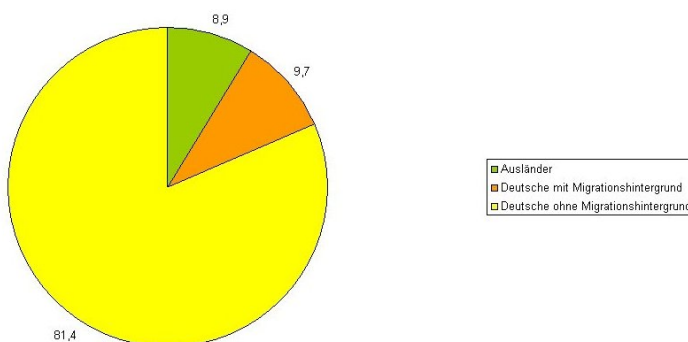
Um gesellschaftlichen Problemen und sozioökonomischen Trends in der Bundesrepublik mit angemessenen politischen Maßnahmen begegnen zu können, sollte man wissen, wer in diesem Land unter welchen Bedingungen lebt. So haben beispielsweise die Ergebnisse der PISA-Studie deutlich gezeigt, dass Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern im deutschen Bildungssystem benachteiligt sind. Dies belegt, dass erst auf der Grundlage valider und aussagekräftiger Daten eine nachhaltige Bindungs- und Familienpolitik wie auch die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu bewältigen ist. Das Berlin-Institut fordert deshalb seit langem, in den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes auch zentrale Merkmale wie den Geburtsort der Eltern zur Ermittlung des Migrationshintergrunds, die Religionszugehörigkeit und die Kinderzahl von Frauen und Männern abzufragen.

Gegen diese Fragen, die angeblich die Privatsphäre der Bürger verletzen, hatten die deutschen Behörden anders als die entsprechenden Institutionen in den meisten anderen Nationen lange große Vorbehalte. Doch langsam legen sich diese Bedenken. Beim Mikrozensus von 2005, einer Stichprobenbefragung von einem Prozent der Bevölkerung, wurde neben den jährlich erhobenen Basisdaten erstmals eine Zusatzerhebung durchgeführt. Die bisherige statistische Erfassung der Bevölkerung unterschied nur zwischen Menschen mit und ohne deutschen Pass und gab keine Auskünfte über eingebürgerte Zuwanderer und die als Deutsche geborenen Nachkommen von Migranten. Eine Statistik über Menschen mit Migrationshintergrund war deshalb unmöglich. Sie wäre aber wichtig, weil sich mit dem Erhalt eines deutschen Passes nicht automatisch die Integration in die Gesellschaft vollzieht.

Jetzt lassen sich über die Abfrage der Staatsangehörigkeit der Eltern in der 2005er Erhebung Rückschlüsse auf die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund ziehen. Ergebnis: Der Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund liegt in Deutschland bei fast 19 Prozent und ist damit mehr als doppelt so groß wie der bisher erfasste ausländische Bevölkerungsanteil. Deutschland ist somit seit langem ein Zuwanderungsland. Wüsste man jetzt noch, wie viele Kinder diese Menschen bekommen, dann ließen sich der künftige Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung, der Integrationsbedarf und die notwendigen Bildungsangebote weitaus besser abschätzen. Absurderweise aber wollen die deutschen Behörden bei der EU-weiten Zensusrunde 2010/2011 nach derzeitigem Planungsstand weder Fragen nach der Zahl der Kinder noch nach dem Migrationshintergrund stellen.

Bevölkerungsanteile nach Migrationshintergrund in Prozent

Bevölkerungsanteile nach Migrationshintergrund in Prozent
Daten aus dem Mikrozensus 2005



Mehr als die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft.

Neben der Staatsangehörigkeit der Eltern fragen die Zusatzerhebungen des Mikrozensus noch weitere Merkmale ab. 2005 und 2009 werden Fragen zu Lebensversicherung,

Schichtarbeit und betrieblicher Altersversorgung sowie Gesundheit und Behinderung gestellt. 2006 und 2010 werden ergänzende Angaben zur Wohnsituation der Bevölkerung, 2007 und 2011 zu Krankenversicherung und Tätigkeit und Stellung im Betrieb und 2008 und 2012 Pendlereigenschaften abgefragt. Auch diese Auswertungen sind für die Planung von Infrastruktur wie auch für das Abschätzen von Versicherungsbeiträgen und -leistungen von Bedeutung.

Andere wichtige Merkmale sparen die Statistiker im Mikrozensus aber nach wie vor aus: Um wirksame Integrationskonzepte zu entwerfen, wäre die Abfrage der Religionszugehörigkeit und der im jeweiligen Haushalt gesprochenen Sprache zu empfehlen. Unverständlich ist auch, dass dringend benötigte Informationen nur in jeweils zwei Zusatzerhebungen im Abstand von vier Jahren abgefragt werden und nicht in den Basisdatenkatalog aufgenommen wurden. Die Feststellung von Trends der Bevölkerungsentwicklung und das Ableiten möglicher Zukunftsszenarien wird dadurch erschwert.

Zusatzerhebungen im Mikrozensus

Mikrozensus-Erhebungsmerkmale 2005 bis 2012	
Merkmale, die jährlich erhoben werden:	Merkmale, die im Abstand von vier Jahren erhoben werden:
<ul style="list-style-type: none"> - Merkmale der Person, Familien- und Haushaltszusammenhang, Lebensgemeinschaft, Staatsangehörigkeit, Haupt- und Nebenwohnung - Zusatzangaben für eingebürgerte Personen und Ausländer - Quellen des Lebensunterhalts, Höhe des Einkommens - Rentenversicherung - Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Arbeitsuche, Nichterwerbspersonen - Situation ein Jahr vor der Erhebung 	<p>2005 und 2009:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lebensversicherung - Schichtarbeit und betriebliche Altersversorgung - Gesundheit und Behinderung - Staatsangehörigkeit der Eltern <p>2006 und 2010:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wohnsituation <p>2007 und 2011:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Krankenversicherung - Ausübte Tätigkeit und Stellung im Betrieb <p>2008 und 2012:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Pendlereigenschaften

Quelle: Ickler, 2004, S. 510; eigene Tabelle

Die Staatsangehörigkeit der Eltern ermöglicht Rückschlüsse auf den Migrationshintergrund.

Möglich wäre es, bei einem Zensus die zusätzlichen Fragen zu stellen, denn die Europäische Union stellt ihren Mitgliedstaaten die Wahl der Erhebungsmethode frei. Wird der Zensus aber wie von der Bundesregierung beschlossen durchgeführt, wird es keine Volkszählung im klassischen Sinne geben. Stattdessen werden in einem registergestützten Verfahren Bevölkerungsdaten der Melderegister, der Bundesagentur für Arbeit, sowie der Besoldungs- und Versorgungsstellen zusammengezogen. Ein Patchwork aus verschiedenen Datenbeständen soll so umfassende Informationen über die Gesamtbevölkerung liefern. Auf die Ungenauigkeit und Fehleranfälligkeit eines solchen Verfahrens hat das Berlin-Institut ausführlich hingewiesen (vgl. "[Land ohne Daten](#)" und "[Zensus light](#)"). Zentrale Fragen der demografischen Entwicklung wie die Kinderzahl und der Migrationshintergrund können auf diese Weise jedoch gar nicht geklärt werden, weil es für sie in Deutschland keine Register gibt, auf die sich die Statistiker stützen könnten. Kritiker befürchten deshalb, dass die geplante Volkszählung hohe Kosten verursacht aber wenig neue Erkenntnisse zu Tage bringt.

Daran dürfte auch die jüngst berufene Zensuskommission der Bundesregierung wenig ändern. Deren Vorsitzender, der Forschungsdirektor am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Gert G. Wagner, ist ebenso wie Johann Hahlen, zuständiger Staatssekretär im Bundesinnenministerium und ehemaliger Präsident des Statistischen Bundesamtes, ein strikter Gegner einer klassischen Volkszählung.

Als Hauptgrund für einen registergestützten Zensus werden immer wieder die angeblich niedrigeren Kosten im Vergleich zu einer Vollerhebung bemüht. Die Folgen von Fehlplanungen aufgrund fehlender und fehlerhafter Daten sind in dieser Kalkulation freilich nicht mit berechnet.

Literatur

Berlin-Institut (Hg.): "[Land ohne Daten](#)". In: Newsletter Demos 16, 07. September 2005.

Berlin-Institut (Hg.): "[Zensus light](#)". In: Newsletter Demos 28, 07. Dezember 2006.

Ickler, Günter (2004): Mikrozensus 2005. In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 12, 507-514.

Statistisches Bundesamt (2007): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Fachserie 1, Reihe 2.2.

Hinweis in eigener Sache:

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine Stiftung mit dem Zweck, Forschung zu demografischen Veränderungen zu betreiben und das öffentliche Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu verbessern. Das unabhängige Berlin-Institut erhält für seine Arbeit keinerlei öffentliche Förderung. Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts.

Bankverbindung:

Bankhaus Hallbaum
BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Reiner Klingholz
E-Mail: reiner.klingholz@berlin-institut.org
Telefon: 0 30-22 32 48 45